

faulheit & arbeit

Wochenendbeilage der
Tageszeitung **junge Welt**
Freitag, 31. Dezember 2010/
Sonnabend/Sonntag, 1./2. Januar
2011, Nr. 306

Rosa Luxemburg 1910 zum politischen Generalstreik: Die Warnung vor »Überstürzung« dient allein Zauderern. Klassiker Seite 3

Springerstiefel: Ein Welt-Autor steht gegen die Abschaffung des Abendlandes auf. Schwarzer Kanal von Werner Pirker Seite 3

Gestrandet in Tanger. Die Flucht nach Europa endet für viele Afrikaner im Maghreb. Reportage von Guillermo Ruiz Torres Seiten 4/5

Gehirnzellen sprengen. Eine Geschichte über den Yippie und 68er-Aktivistin Abbie Hoffman. Von Klaus Bittermann Seiten 6/7

Die Tageszeitung
junge Welt



»Der nationale Widerstand verbietet das Töten Unschuldiger«

Gespräch ♦ Mit Chdayer Al-Murschidi. Über die Regierung des Irak, das heutige Selbstverständnis der Baath-Partei und den Kampf gegen die Besatzung

Nuri Al-Maliki bleibt Ministerpräsident, ist das gut für den Irak?

In der Tat ist das die zentrale Frage, die wir uns stellen müssen: Wird diese neue Regierung in der Lage sein, die Lebensverhältnisse zu verbessern oder nicht? Wenn wir uns die letzten vier, fünf Jahre ansehen, in denen die gleichen Personen Irak regiert haben – also Maliki als Ministerpräsident, Dschalal Talabani als Präsident und so weiter – dann sehen wir die gleichen Gesichter auf den gleichen Posten. In ihrer bisherigen Amtszeit hat sich die Sicherheitslage verschlechtert, die Versorgung der Bevölkerung ebenfalls, es gibt keinen Strom, kein Wasser. Sehr viele Menschen wurden getötet, Banden treiben in Bagdad und anderen Städten ihr Unwe-

sen. Die Provinzen sind außer Kontrolle, es herrscht Korruption auf allen Ebenen, und nun wird die Regierung, die für das alles verantwortlich ist, weiter amtieren. Man sagt, der Irak durchlaufe eine Demokratisierung, die durch die Besatzung erst möglich geworden sei. Was aber sind die Prinzipien der Demokratie? Ist es in einer Demokratie möglich, die Partei, die die Wahlen gewonnen hat, beiseite zu schieben um die alten Figuren wieder einzusetzen? Ist es möglich, die Ergebnisse der Wahlen zu ignorieren? Natürlich nicht. Sie haben den demokratischen Prozeß, den sie mit der Besatzung initiieren wollten, selber gestoppt.

Sie sprechen von der Irakia-Liste?
Genau, die Liste von Ijad Allawi hat die Wahlen gewonnen. Warum haben sie nicht

zugelassen, daß Allawi die Regierung bildet? Versteht man das nicht unter Demokratie, daß der Wahlsieger die Regierung bildet? Wenn man das alles analysiert, wird klar, daß sich die Lage im Irak nicht ändern wird. Angesichts dessen, wofür diese neue alte Regierung verantwortlich ist, sehe ich für die kommenden fünf, sechs Jahre sogar ziemlich schwarz. Es wird mehr Kämpfe geben, mehr Blut wird vergossen, es wird mehr Schwierigkeiten geben. Das zentrale Problem im Irak ist nicht die Regierungsbildung, sondern der Kampf zwischen der Besatzung und ihren Verbündeten auf der einen und dem nationalen irakischen Widerstand auf der anderen Seite. Falls die Besatzer die Probleme im Irak ernsthaft lösen wollen, dann sollten sie das Gespräch mit uns, mit der Baath-Partei und dem ira-

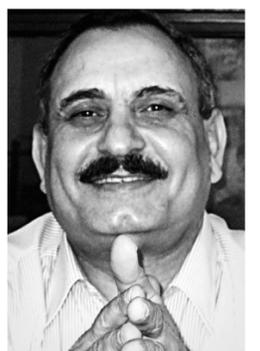
kischen nationalen Widerstand, suchen.

Hat Ihre Partei die Parlamentswahlen im März unterstützt?

Die Baath-Partei hat die Liste von Allawi unterstützt, um eine Intervention des Iran durch sektiererische Parteien zu verhindern. Ich spreche vom Hohen Islamischen Rat, von der Sadr-Gruppe und der Dawa-Partei, die sowohl das iranische Projekt als auch das Projekt der Besatzer im Irak und in der Region umsetzen sollen.

Das iranische Projekt?

Ich spreche von der Aufteilung des Iraks in religiöse und ethnische Gruppen, von den Religionsmorden, von den Banden. Die Irakia-Liste und die meisten ihrer Kandidaten haben ein nationalistisches,



Chdayer Al-Murschidi ist der offizielle Vertreter der irakischen Baath-Partei und deren nationalem Widerstand in Syrien.

Fortsetzung auf Seite zwei O

Foto Titelseite:
Bagdad, 3. März 2008 – bei einer Routinepatrouille der US-Besatzer in einem Vorort der irakischen Hauptstadt

Die Baath-Partei/Nationaler Widerstand im Irak ist Teil eines Bündnisses, das für ein Ende der Besatzung kämpft. Dem Bündnis gehören elf islamische Gruppen an, die sich als irakische Nationalisten, nicht als Extremisten verstehen. Geführt wird das Bündnis mit dem Namen »Al Jihad Liberation and National Salvage Front« von Izzet Ibrahim Al-Duri, ehemaliger Vizepräsident unter Saddam Hussein.

O Fortsetzung von Seite eins

arabisches Konzept für den Irak und wollen seine Einheit. Irakia lehnt die Morde und Kämpfe im Namen einer Religion ab. Darum haben wir sie und ihr Programm unterstützt, um den iranischen Einfluss im Irak zurückzudrängen, um die politische Agenda zu korrigieren und der nationalen Bewegung, dem nationalen Widerstand, Raum zu verschaffen.

In der westlichen Berichterstattung wird Irakia als Partei der Sunniten bezeichnet. Vertreten die Baath-Partei und der Nationale Widerstand nur die Interessen der sunnitischen Iraker?

Diese Einordnung stimmt natürlich nicht. Tatsache ist, daß sehr viele Mitglieder und Aktivisten der Irakia-Liste Schiiten sind, so wie Allawi auch. Es sind alteingesessene, namhafte schiitische Familien aus dem Süden und aus Zentralirak.

Wie im Libanon sollen die hohen politischen Ämter im Irak zukünftig nach Religionen und ethnischer Zugehörigkeit aufgeteilt werden. Der Präsident soll ein Kurde sein, der Ministerpräsident ein Schiit und der Parlamentssprecher ein Sunnit. Man spricht von einer »Libanonisierung« des Iraks. Wollen die Iraker das?

Oh nein, und diese Aufteilung ist eines der größten Probleme im heutigen Irak. Mit der Aufteilung politischer Ämter nach religiösen und ethnischen Zugehörigkeiten haben die Besatzer den Irak in eine sehr gefährliche Situation manövriert und an den Rand des Abgrunds gestoßen. Seit mehr als 6000 Jahren war der Irak eine homogene Gesellschaft, Iraker lebten wie Geschwister miteinander, egal, ob sie Schiiten, Sunniten, Kurden oder sonst etwas waren. Vor der Besatzung, also vor 2003, gab es Kurden in Babylon, in Basra, in Nasseriya und im ganzen Südirak. In meiner Heimat Babylon gab es eine Stadt, in der vorwiegend Kurden lebten, und zwar seit mehr als 300 Jahren. Das gab es in Hit, in Haditha, in Al-Anbar und fast allen anderen Provinzen. Meine Frau ist Sunnitin, ich bin Schiit, solche Ehen gab es überall im Irak. Sogar die Stämme haben sich gemischt. Die Stämme im Süden beispielsweise, wo vorwiegend Schiiten zu Hause waren, lebten Seite an Seite mit ihren sunnitischen Cousins aus dem Norden. Sollte der Irak politisch tatsächlich nach der Religionszugehörigkeit aufgeteilt werden, wird das für das ganze Land ein Riesenproblem.

Sie sind offizieller Vertreter der Baath-Partei und des Nationalen Widerstandes in Syrien. Handelt es sich um die gleiche Baath-Partei, die es vor der Besatzung gab?

Die Baath-Partei vertritt eine Ideologie und hat ein politisches Programm. Die Ideologie basiert auf einer strategischen Zukunftsvision. Nach der Besatzung hat die Baath die politische Lage und Vergangenheit analysiert und ein neues politisches Programm verabschiedet. Wir analysierten die frühere Regierungszeit, die positiven Errungenschaften und die negativen Seiten.

Und was hat sich verändert?

Die wichtigste Änderung im Programm im Gegensatz zu der Zeit vor 2003 ist, daß wir für Demokratie eintreten und gemeinsam mit den anderen nationalen Gruppen für eine nationale und demokratische Regierung im Irak arbeiten. Eine zukünftige Regierung soll multilateral sein und aus Wahlen hervorgehen. Als Baath-Partei verstehen wir uns heute als Teil einer nationalen Widerstandsbewegung im Irak.

Wie arbeiten Sie mit den anderen Gruppen zusammen?

Wir erkennen an, daß die anderen Gruppen Widerstand gegen die Besatzung leisten. Viele von ihnen sind islamische Gruppen, die wir respektieren als Teil einer Zukunftsbewegung für den Irak. Wir koordinieren uns, schließen Kompromisse, die sich in

einer gemeinsamen politischen Plattform niederschlagen. Nach der Befreiung Iraks werden wir dieses demokratische, multilaterale Programm umsetzen. Und das ist vollkommen anders als zu Zeiten des alten Regimes.

Nennen Sie bitte Beispiele dafür, was sie heute kritisch oder als politischen Fehler der früheren Baath Partei bewerten.

Vor der Besatzung hatte die Baath-Partei die alleinige Kontrolle im Irak und verfügte über alle Macht. Heute betrachten wir uns als Teil einer politischen, nationalen Parteienlandschaft, die gegen die Besatzung antritt. Ein anderer, großer Fehler war der Einmarsch in Kuwait. Wir sagen heute eindeutig, daß die Invasion und Besatzung Kuwaits ein moralischer und strategischer Fehler des früheren Regimes war. Der heutige Führer der Baath-Partei, Izzet Ibrahim Al-Duri, hat diesen Fehler in einer öffentlichen Ansprache eingeräumt. Vor der Besatzung verhinderte die Baath-Partei auch öffentliche Debatten, sie hinderte andere Parteien an der Arbeit. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß das nicht die Baath Partei im eigentlichen Sinne war, sondern das Regime. Es war dieses Gerüst der Macht, das System von Sicherheit, Geheimdiensten, Militär, das für die Fehler verantwortlich war und als Baath-Partei bezeichnet wurde. Es war aber nicht das ideologische Prinzip der Partei oder das politische Programm. Wir haben das ausführlich diskutiert und korrigiert, und wir haben dramatische Veränderungen vorgenommen.

In den Jahren vor der Invasion, besonders 2002, gab es eine lebhafte Debatte über eine neue Verfassung für den Irak. Daran waren auch Iraker aus dem Exil beteiligt. Welche Erinnerungen haben Sie an diese Debatte?

Daran erinnere ich mich sehr gut. Es gab viele Treffen und Diskussionen darüber, wie eine neue Verfassung aussehen könnte, damit alle politischen Parteien und die Bevölkerung sich am politischen Prozeß im Irak beteiligen könnten. Der Hauptgrund, warum das nie umgesetzt werden konnte, war meiner Ansicht nach, daß die US-Administration bereits entschieden hatte, den Irak zu besetzen und zu zerstören. Das war, was man der irakischen Führung von allen Seiten vermittelte und darauf bereitete sie sich vor. Dem fiel die Debatte über eine neue Verfassung zum Opfer.

Einer, der damals eine führende Rolle vor und während der Invasion in den Irak spielte, war Ijad Allawi. Er war Mitbegründer des Irakischen Nationalkongresses (INC), der von CIA und MI6 unterstützt wurde. Wie kommt es, daß die Baath Partei heute die Irakia-Liste von Allawi unterstützt?

Wir unterstützen die Liste, nicht Allawi. Wir haben wirklich kein Interesse daran, ihn zu fördern. Unsere Unterstützung der Irakia-Liste basiert auf der prinzipiellen Überlegung, den Prozeß einer irakischen nationalen Einigung voranzubringen. Wir haben die Liste unterstützt, weil in ihr viele irakische Nationalisten, Patrioten mitarbeiten, nicht wegen Allawi. Für uns ist er ein Agent, ein Verräter, genauso wie Maliki, Talabani, Al-Hakim, Tschalabi und wie sie alle heißen. Sie alle sind beim gleichen Lehrer in die gleiche Schule gegangen.

Ein Punkt in ihrem politischen Programm ist die nationale Versöhnung. Wie wollen Sie das angehen?

Nationale Versöhnung wird ein Kompromiß sein zwischen den verschiedenen Parteien, und sie wird beginnen, wenn die Besatzungsmächte abgezogen sind. Sie haben ihren Abzug für 2011 angekündigt, dann werden wir den Versöhnungsprozeß beginnen. Dabei wird es um die irakischen Rechte gehen, die wir in unserem Programm benannt haben. Wer diesen Rechten zustimmt, mit dem werden wir reden. Ausgenommen bleiben die rassistischen

und sektiererischen Parteien, die mit der Besatzung kooperieren.

Auch Maliki hat in seiner vorherigen Amtszeit von nationaler Versöhnung gesprochen und sogar zu Treffen eingeladen.

Diese Treffen hatten das Ziel, die Baath-Partei zu spalten. Die Forderung an uns war, Ideologie und Partei aufzugeben, um sich dann als Einzelpersonen am politischen Prozeß zu beteiligen. Die Baathisten und andere Gruppen des nationalen Widerstandes sollten aufgeben und Teil des amerikanischen Projekts im Irak werden. Das war und ist für uns völlig unakzeptabel. Der Irak hat viel gegeben, menschliche Verluste, finanzielle Verluste, unser Land wurde zerstört. Mehr als eine Million Iraker wurden getötet, bis zu fünf Millionen Iraker mußten ihre Wohnungen und Häuser verlassen, sie sind heute Flüchtlinge im Irak oder außerhalb. Vier Millionen Waisenkinder, eine Million Witwen. Dazu kommen die anhaltende Zerstörung des Landes und die hohen Verluste bei den amerikanischen Soldaten. Drei Billionen US-Dollar hat der Krieg Amerika gekostet. Das sollen wir alles vergessen und Teil des amerikanischen Projekts werden? Nein, nationale Versöhnung wird beginnen, wenn die Amerikaner abgezogen sind. Dann können wir mit allen zusammenarbeiten, die die Rechte Iraks anerkennen, die bereit sind, sie der Besatzung zu entreißen und umzusetzen, die bereit sind, einen demokratischen Irak aufzubauen.

Werden die Amerikaner den Irak wirklich verlassen?

Auf jeden Fall. Wenn sie nicht vollständig abziehen, wird der Widerstand weitergehen.

Oft gibt es Unklarheit darüber, wer hinter den Anschlägen im Irak steckt. Immer wieder trifft es einfache Leute auf Märkten, Busbahnhöfen, in Kirchen. Haben Sie bei der Wahl Ihrer Bündnispartner Fehler gemacht?

Keineswegs. Aber es gibt einen sehr großen Unterschied zwischen Gewalt und Terror im Irak und dem nationalen Widerstand. Die Anschläge gegen die Zivilbevölkerung sind Teil der Besatzung und der kollaborierenden Parteien. Diese Anschläge gehen auf das Konto des Iran, der mit der Besatzung kooperiert und dabei sein eigenes Projekt im Irak verfolgt, sie gehen auf das Konto der kurdischen Milizen und israelischer Gruppen, die im Irak agieren. Sie alle sind mit den Besatzern in den Irak gekommen. Der nationale Widerstand verbietet das Töten Unschuldiger, das Töten jeglicher Iraker, auch wenn es Polizisten und Soldaten sind. Wir richten unsere Aktionen gegen die Besatzer, die Amerikaner und gegen diejenigen, die auf ihrer Seite stehen. Mit Gewalt und Terror hat die Besatzung ein Klima im Irak geschaffen, in dem die Aktionen des Widerstandes denunziert werden können. Der Welt soll gezeigt werden, daß es keinen Widerstand gegen die Besatzung gibt, sondern nur Gewalt und Terror.

Die Angriffe treiben die Menschen in die Flucht, weil sie völlig verunsichert sind.

Die Iraker sollen irreführt werden. Besonders die Angriffe gegen die Christen sollen die Gegensätze in der irakischen Bevölkerung vertiefen und die geographische und politische Spaltung des Landes vorbereiten. Das ist nicht die Handschrift des nationalen Widerstandes, und die Iraker kennen uns. Unser Widerstand begann im Südirak gegen die Invasion und hat sich ausgebreitet. Der irakische Widerstand ist eine Tatsache, und ohne Dialog mit uns kann kein Problem im Irak gelöst werden.

Haben die Amerikaner das Gespräch mit Ihnen gesucht?

Sagen wir mal, sie haben ein bißchen grünes Licht signalisiert und wollten über die Zukunft des Irak reden. Es gab keine direkten, offiziellen Treffen, sie haben durch Vermittler angefragt. Denen haben wir unser Programm mitgegeben, da stehen

unsere Forderungen drin.

Können Sie die kurz zusammenfassen?

Die souveränen Rechte Iraks müssen wiederhergestellt werden. Wir fordern den kompletten Abzug der Besatzer, nur so kann ein neuer politischer Prozeß beginnen. Die bisherigen Gesetze müssen rückgängig gemacht, die Verfassung muß geändert werden. Alle Gefangenen müssen freigelassen werden, die Verfolgung des Widerstandes, der Baath-Partei muß aufhören. Auch die De-Baathifizierung muß ein Ende haben. Frühere Soldaten und Polizisten müssen wieder in ihren Dienst zurückkehren können. Wenn die Amerikaner unsere Rechte anerkennen, werden wir ihre Interessen im Irak schützen. Ohne die Anerkennung unserer nationalen Rechte werden weder der Irak noch die Region zur Ruhe kommen. Die Baath-Partei und der nationale Widerstand sind keine sektiererische, sondern eine nationale, panarabische Bewegung. Wer den Dialog mit uns verweigert, fördert Sektierertum und Extremismus, was den Irak und die Region langfristig zerstören wird.

Im Westen gilt die Baath-Partei eher als kriminelle Vereinigung denn als Dialogpartner.

Auf welcher Grundlage? Baath ist nicht mehr an der Macht, sondern Teil eines legitimen nationalen Widerstandes gegen die Besatzung. Wir haben ein demokratisches Programm und haben frühere Fehler eingeräumt. Was ist mit den Verbrechen, die im Irak begangen wurden, seit Al-Maliki und die Besatzung an der Macht sind? Was ist mit den Verbrechen der Bush-Administration gegen die Iraker, gegen die Muslime in Afghanistan, Somalia und Palästina? Warum werden diese Verbrechen im Westen nicht zur Anklage gebracht, warum kriminalisiert man die Baath-Partei?

Die Internetplattform Wikileaks hat viele Dokumente über das Geschehen im Irak veröffentlicht. Werden Sie diese nutzen, um eine öffentliche Kampagne gegen die Kriegsverbrechen zu starten?

Diese Dokumente sind ein gewaltiger Beweis gegen die Bush-Administration, gegen Al-Maliki und gegen den Iran. Wir übersetzen sie ins Arabische und stehen in Verbindung mit Anwälten aus Spanien, Deutschland, Italien, Holland und den USA. Kürzlich trafen wir uns in Beirut und haben eine Juristenkoordination eingerichtet, die von Ramsey Clark (US-Justizminister 1967 bis 1969 – K. L.) geleitet wird. Wir diskutieren wie, wir diese Verbrecher – George W. Bush und Tony Blair stehen da ganz oben – vor ein Gericht bringen können. Um das zu entscheiden, bereiten wir eine weitere internationale Konferenz vor, auf der eine Anklage verabschiedet werden soll. Jeder Verbrecher, jeder Staat, der an der Invasion in den Irak beteiligt war, wird die Verantwortung dafür und für die Folgen tragen müssen.

Im Irak geht die Justiz eigene Wege.

Kürzlich wurde Tarik Aziz zum Tode verurteilt.

Wie Sie wissen, war unser Freund Tarik Aziz früher Außenminister und zuständig für die Medien. Er hatte nichts mit dem Sicherheitsdienst der alten Regierung zu tun. Er war ein Politiker, Chefdiplomat des Irak. Die Entscheidung, ihn hinter Gitter zu bringen, war eine Entscheidung der Besatzer. Angeblich soll er gegen religiöse Parteien vorgegangen sein, wie die Dawa-Partei und ähnliche, er soll angeblich sogar das Freitagsgebet in den Moscheen verboten haben. Was hatte Tarik Aziz damit zu tun, der zudem noch Christ ist? Gar nichts! Natürlich ist das eine politische Entscheidung und die ist genauso verbrecherisch wie der Mord an Saddam Hussein. Die Urteile dieses Gerichts haben mit Recht nichts zu tun, doch die politischen Führer der Welt schweigen dazu. Auch in der arabischen Welt.

Das Gespräch führte Karin Leukefeld in Damaskus